



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 23. September 2020

Von Wolfgang Liedtke

Die erste Herbst-Sitzung des Grossen Gemeinderates fand auch wieder in der Tüfihalle statt. Auch diesmal gab es Einbürgerungen zu vollziehen. Leider konnten wegen der Abstandsregeln die Einbürgerungen nicht mit einem Apéro gefeiert werden. Zu Beginn der Sitzung begrüsst Ratspräsident Sebastian Huber (SVP) Ann-Kathrin Biagioli (GLP) als neue Gemeinderätin und Nachfolgerin von Stefan Neubert (GLP).

Mitteilungen

In der letzten Sitzung des grossen Gemeinderates hatte die SVP in einer Fraktionserklärung kritisiert, dass „Mohrenköpfe plötzlich als rassistisch dargestellt werden“ und spendierte Schokoladenköpfe für Stadt- und Gemeinderat. Weil Kanny Muthuthamby seitdem mehrfach auf diese Aktion der SVP angesprochen wurde, gab er zu Beginn dieser Sitzung eine persönliche Erklärung ab:

An der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates vom Mittwoch, 1. Juli 2020, hat die SVP Schokoküsse verteilt. Sie hat dies gemacht, weil sie sich auch in der aktuellen Rassismus-Diskussion nicht eine Schweizer Traditionssüssigkeit verbieten lassen will.

Im Nachhinein wurde ich von vielen Leuten gefragt, warum ich als linker Politiker und Mensch mit dunkler Hautfarbe nicht auf diese Provokation reagiert habe. Nun meine Damen und Herren, Rassismus ist keine Sache, die nur linke Politiker und Menschen mit dunkler Hautfarbe etwas angeht. Rassismus geht uns alle an! Rassismus betrifft uns alle!

Ich bin vor mehr als 30 Jahren in die Schweiz gekommen. Als Flüchtling. Damals war es eine andere Zeit. Ich wurde oft als dreckiger Neger beschimpft. Sogar von Kindern am Hauptbahnhof in Zürich. Ich bin froh, dass sich in den letzten 30 Jahren einiges geändert hat. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich noch mehr ändern kann und auch muss. Menschen, die anders sind, werden auch heute noch immer diskriminiert. Meist passiert dies unbewusst. In der Schule ist meinen Kindern erklärt worden, dass dies hier „Hautfarbe“ sei. Nun meine Damen und Herren, Sie sehen, dass ich eine andere Hautfarbe habe und meine Kinder auch. Es sind solche kleinen Dinge, die im Alltag diskriminierend sein können. Und dazu gehört halt eben auch die von der SVP verteilte Süsseigkeit.

Ich hoffe sehr, dass die aktuelle Rassismus-Diskussion weiter dazu führt, dass Menschen auf solche Alltags-Diskriminierungen aufmerksam gemacht werden und ihre Sprache und ihr Handeln ändern.

Fragestunde

Wie üblich vor Einbürgerungen wurde die Fragestunde rege genutzt. Hier soll eine Auswahl der interessanteren Themen präsentiert werden.

Gabriel Mäder (GLP) nahm nächtliche Gleisarbeiten der SZU im Stadtgebiet von Adliswil im Juli zum Anlass, um sich zu erkundigen, ob bei der Stadt Lärmklagen über die SZU eingegangen seien und ob die Stadt über solche nächtlichen Arbeiten vorab informiert werde. Stadträtin Susi Senn (FDP) berichtete von zwei Beschwerden, von denen eine die Nacharbeiten betraf. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) ergänzte, dass solche Arbeiten bewilligungspflichtig seien. Arbeiten an der Bahninfrastruktur müssten ausserhalb der Betriebszeiten, also nachts, durchgeführt werden und seien wichtig zur Aufrechterhaltung der Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs.

Marianne Oswald (Grüne) wollte wissen, warum bei der geplanten Gewerbefläche im Entwicklungsgebiet Lätten ca. 3,6 ha mehr geplant werde als in Sood beständen, denn

Lätten sei doch als Alternative für die Gewerbeansiedlungen im Sood vorgesehen. Stadtrat Felix Keller (parteilos) präsentierte eine umfangreiche Berechnung der Geschossflächen und zeigte, dass das Gewerbe in Sood 2,4 ha Fläche beanspruche und in Lätten ein Flächenangebot von maximal 3,6 ha geplant um vom Kanton bewilligt sei. Inwieweit diese 3,6 Hektaren einmal ausgenutzt werden könnten, hänge von der Art der Bebauung ab.

Hanspeter Clesle (EVP) fragte nach, was mit der Landfläche passieren soll, auf der bisher das Provisorium für das Schulhaus Dietlimoos gestanden hat. Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass der bisherige Parkplatz bestehen bleibe und die restliche Fläche in Abstimmung mit den Quartierbewohnern begrünt werde. Sie führte weiter aus, dass ein Verkauf nach der Annahme der Bodeninitiative nicht möglich sei. Überdies behindere die Annahme der Bodeninitiative auch den vormals geplanten Verkauf der Landflächen in Dietlimoos, welche im Eigentum der Stadt seien, während eine Vergabe im Baurecht Kosten bei der Stadt verursache, welche in der jetzigen finanziellen Situation vermieden würden. Hierzu muss angemerkt werden, dass die Geschäftsordnung den anderen Gemeinderatsmitgliedern keine Möglichkeit bietet, direkt auf die Äusserungen der Fragesteller oder der Vertreter des Stadtrates zu reagieren. Die SP-Fraktion wird aber in einer der nächsten Sitzungen auf diese Auskunft des Stadtrates zurückkommen.

Angelika Sulser (SP) bezog sich auf einen tragischen Unfall mit einem Sonnensegel auf einem Schulgelände in Uster und erkundigte sich, ob es Sonnensegel auch auf den Pausenplätzen in Adliswil gebe und falls ja, ob diese gegen solche Unfälle gesichert seien. Stadträtin Karin Fein (FW) antwortete, dass es drei Sonnensegel auf Schulgeländen gebe, welche man nach dem Unfall in Uster kontrolliert habe. Sie würden alle den aktuell gültigen Sicherheitsnormen entsprechen, Unfälle – insbesondere bei unsachgemässer Nutzung – liessen sich aber nie ganz ausschliessen. Andererseits aber sollten die Schulgelände ausserhalb der Unterrichtszeiten für die Bevölkerung zugänglich sein. Dies aber bedeute, dass die Eltern dann die Verantwortung für Ihre Kinder übernehmen müssten.

Einbürgerungen und Ersatzwahlen

Nach den 14 Einbürgerungen (ca. 40 Personen wurde das Adliswiler Bürgerrecht verliehen) und einer kurzen Pause wurden Ersatzwahlen durchgeführt, welche durch den Rücktritt von Stefan Neubert (GLP) aus dem Gemeinderat erforderlich wurden. Stefan Neubert war Präsident der Sachkommission gewesen. Als Ersatzmitglied für die Sachkommission sowie auch zum neuen Kommissionspräsidenten wurde auf Empfehlung der Interfraktionellen Kommission einstimmig Martin Rüttimann (CVP) gewählt. Als Ersatz für ihn in der Einbürgerungskommission wurde wiederum einstimmig Ann-Kathrin Biagioli (GLP) bestimmt.

Wirtschaftsstrategie für Adliswil

Gemeinderätinnen und -räte der FDP, SVP, FW, CVP und EVP bemängelten, dass es in Adliswil keine Wirtschaftsstrategie gebe und dass eine erfolgreiche Standortförderung fehle. In einer Motion forderten sie, dass der Stadtrat eine Wirtschaftsstrategie erarbeite und dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis vorlege. Ziel dieser Strategie soll sein, Unternehmen zu halten und zu gewinnen, das Zentrum mit Detailhandelsunternehmen zu beleben, Kontakte zu Investoren der Immobilienbranche zu pflegen und die erforderliche Infrastruktur bereitzustellen.

Im Vorfeld gab es bereits Meinungsverschiedenheiten, weil der Stadtrat den Vorstoss nicht als motionsfähig einstufte und nur als Postulat entgegennehmen wollte. Dagegen wehrte sich insbesondere der Erstunterzeichnende Mario Senn (FDP) und argumentierte, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates sein könne, die Form eines Vorstosses festzulegen – eine Position, welche die SP-Fraktion mit dem Motionär teilte. Bei der Eröffnung dieses Geschäfts kündigte Ratspräsident Sebastian Huber (SVP) an, dass er diese strittige Frage in einem Gespräch mit dem Stadtpräsidenten im November erörtern werde.

Mario Senn (FDP) wies zu Beginn seines Votums darauf hin, dass er an der Form der Motion festhalten wolle. Er führte die «Bedrohungslage» aus, welche wegen des Wegzugs der Swiss Re aus Adliswil bestehe, und erinnerte an die klamme Finanzlage der Stadt in den Jahren nach 2000, als die Steuerzahlungen der Swiss Re über mehrere Jahre sehr niedrig ausfielen. Er forderte, dass Gegensteuer gegeben werde, um Arbeitsplätze in Adliswil zu erhalten. Andernfalls drohten Steuerausfälle, welche zu Einsparungen und höheren Steuern führen müssten. Er plädierte nicht für Subventionen, sondern für eine effektive Standortförderung und nannte die Stadt Schlieren als positives Beispiel. Seine Argumentation wurde von den Mitunterzeichnenden der Motion Daniela Morf (SVP), Walter Übersax (CVP) und Daniel Frei (FW) unterstützt. Wolfgang Liedtke (SP) erinnerte in seinem Votum an eine Interpellation der SP und der Grünen zu demselben Thema 2016:

Ich begrüsse es, dass der Wegzug der Swiss Re im Rahmen einer Motion für eine Wirtschaftsstrategie thematisiert wird. Als 2016 Marianne Oswald, Ueli Gräflein und ich in einer Interpellation den geplanten Wegzug der Swiss Re und die offenbar fehlende Standortförderung aufgriffen, wurden wir von der bürgerlichen Seite, namentlich von der FDP, heftig angegriffen.

Der Umzug der Swiss Re von Adliswil nach Zürich wurde in sehr polemischer und unsachlicher Weise mit der Politik der Grünen und der SP auf nationaler und kantonaler Ebene begründet – auf lokaler Ebene hatte man diesbezüglich offensichtlich keine Angriffspunkte bei uns gefunden.

Damals meinte Mario Senn, angesichts des Kaufs der Liegenschaften der Swiss Re durch einen aus Kilchberg stammenden Investor lehne er sich beruhigt zurück. Ich bin wie gesagt froh, dass er nun aus seiner Lethargie erwacht ist. Seine Analyse teile ich ebenso wie die Schlussfolgerungen weitgehend. Bei den Instrumenten werden wir uns dann auseinandersetzen müssen. Ich begrüsse den Anstoss an den Stadtrat und auch an den Gemeinderat, dieses wichtige Thema aufzugreifen. Die SP unterstützt die Motion zu einer Wirtschaftsstrategie bzw. Standortförderung in Adliswil.

Die Motion wurde einstimmig ohne Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Altpapiersammlung durch Vereine in Adliswil

In einer Interpellation erkundigten sich die Gemeinderäte der FW, wieviel Altpapier in den letzten 10 Jahren durch die Vereine gesammelt wurden und wie sie dafür entlohnt wurden. Die Interpellanten wollten ausserdem wissen, ob die Entschädigung der Vereine erhöht werden könnte oder ob die Stadt die Fahrzeuge für die Papiersammlung, welche die Vereine jeweils selbst organisieren müssten, zur Verfügung stellen könnte.

Der Stadtrat lieferte die gewünschten Zahlen. Die gesammelte Papiermenge nehme seit Jahren ab. Der Stadtrat gab an, dass die Vereine seit den achtziger Jahren pro Kilo 10 Rappen erhielten. 2019 haben die Vereine auf diese Weise im Durchschnitt pro Sammlung 4'152 Franken erhalten. Eine Bereitstellung von stadt-eigenen Fahrzeugen sei aus Versicherungsgründen nicht möglich.

In seinem Votum legte Erstunterzeichnender Harry Baldegger (FW) dar, dass die Einnahmen durch die Altpapiersammlung für die beteiligten Vereine wichtig seien, dass diese aber in den letzten Jahren gesunken seien. Er appellierte an den Stadtrat, die Entschädigung an die Vereine zu erhöhen, und erinnerte an den wichtigen Beitrag, den die Vereine mit dieser Tätigkeit für die Allgemeinheit leisten. Für die FDP wies Reto Buchmann dieses Ansinnen zurück und setzte es mit einer «verdeckten Subventionierung» der Vereine gleich. Er übersah dabei, dass es hier um eine Entschädigung für geleistete Arbeit und für den Einsatz von Fahrzeugen geht und nicht um freiwillige Zuschüsse der Stadt an die Vereine.

Im Namen der SP-Fraktion argumentierte Wolfgang Liedtke: *Der Stadtrat legt in seiner Antwort ausführlich und aufgrund der dargelegten Zahlen nachvollziehbar seine Entschädigungspraxis für die Altpapiersammlung dar. Man muss sich jedoch fragen, ob es*

gerechtfertigt ist, die Entschädigung der Vereine für ihren wichtigen und zuverlässigen Dienst an der Allgemeinheit an die gesammelte Menge des Altpapiers zu koppeln. Ich hatte in der Fragestunde die Information erhalten wollen, mit welchen Beträgen die ARGE Abfalltransporte Horgen für die Sammlungen im April, Mai und Juni dieses Jahres entschädigt wurden. Leider liegt nur eine Zahl für den gesamten Zweckverband vor, nicht einzeln für Adliswil. Trotz Fehlen des Vergleichswertes bin ich der Ansicht, dass der Stadtrat die Entschädigung der Vereine überdenken und leicht erhöhen sollte. Es geht schliesslich um Beträge, die unser Gemeinwesen verkraften kann.

Adliswiler Stadtsaal

Mittels einer Interpellation wollten die SP-Gemeinderäte Said Acar, Xheli Etemi und Wolfgang Liedtke vom Stadtrat eine Reihe von Fragen zum Thema Stadtsaal beantwortet haben. Unter anderem wollten sie wissen, was die Erstellung eines Stadtsaals und was dessen Betrieb am Kosten verursachen würden. Zum Vergleich wurden die Beträge erfragt, welche die Stadt für die Vereine als Ersatz für den Stadtsaal geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Ausserdem erkundigten sie sich, ob der Stadtrat eine Option sehe einen Stadtsaal zu verwirklichen. In seiner Antwort brachte der Stadtrat erneut zum Ausdruck, dass seiner Ansicht nach ein Stadtsaal überflüssig sei. Der Bedarf sei bei den Vereinen nicht vorhanden, es bestünden ausreichend Alternativen in Adliswil und Umgebung. Die Folgekosten für eine Investition in einen Stadtsaal würden über 10 Jahre durchschnittlich jährlich 780'000 Franken betragen. Betriebskosten konnte der Stadtrat nicht beziffern. Für Saalmieten der Vereine hat die Stadt seit 2004 ca. 390'000 Franken aufgewendet.

In seinem Votum entgegnete Xheli Etemi (SP), der für den nicht anwesenden Erstunterzeichnenden Sait Acar (SP) sprach:

Wir möchten uns ganz herzlich beim Stadtrat bedanken für die Antworten auf unsere Interpellation vom 8. April 2020 bezüglich eines Adliswiler Stadtsaals. Ich möchte für ein besseres Verständnis der Gesamtsituation einen kurzen Blick in die Vergangenheit werfen. Am 6. April 2003 hatten die Stimmbürger von Adliswil dem Verkauf des Sunne-Saals an die Migros-Pensionskasse zugestimmt. Vorausgegangen war das Versprechen des damaligen Stadtrats, den Sunne-Saal an einen neuen Standort im Ortszentrum zu verlegen. Ende 2004 hatte der Stadtrat Vereine und Ortsparteien zum Bau eines neuen Stadtsaals und des Standortes befragt und Vereine sowie Ortsparteien haben sich beinahe einstimmig für einen Saalneubau ausgesprochen. Als Standort wurde mehrheitlich das Stadthausareal genannt. Gescheitert ist das Projekt eines Neubaus auf dem Stadthausareal vor allem aus zwei Gründen: Das Stadthausareal war damals für den Neubau eines Stadthauses vorgesehen. Dieser Grund entfällt heute, wird doch zurzeit vis-a-vis ein neues Stadthaus erstellt. Das Stadthausareal ist frei und könnte Platz bieten für Wohnungen und eine öffentliche Nutzung. Die finanzielle Lage der Stadt verschlechterte sich nach 2004 zunehmend, so dass die Mittel für einen neuen Stadtsaal nicht zur Verfügung standen. Die SP Adliswil hatte bereits 2005 eine Initiative lanciert und mehr als 1'000 Unterschriften gesammelt. Zur Abstimmung ist es damals aus Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt schliesslich nicht gekommen und die SP hat ihre Initiative zurückgezogen. Die Meinung war jedoch nicht, dass sich der Stadtrat zukünftig nicht mehr mit diesem Projekt auseinandersetzen muss.

Die Anregungen aus unserer Umfrage von 2017 wie auch die von 2020, zeigen, dass durchaus ein Bedürfnis eines Stadtsaals in der Bevölkerung besteht. 442 Antworten konnten bei der im Mai und Juni 2020 durchgeführten Umfrage gesammelt werden. Das entspricht ca. 4,6 Prozent der befragten Haushalte. Davon haben 328 Antworten der Aussage, dass Adliswil einen ausreichend grossen Saal im Ortszentrum braucht, zugestimmt. Dies bedeutet eine Zustimmung von fast 76 Prozent. 296 Antworten, also zwei Drittel der Rücksendungen, haben das Stadthausareal als idealen Standort bestimmt. Ich möchte mich im Namen von der SP bei den Einwohnerinnen und Einwohnern, welche an dieser Umfrage teilgenommen haben, bedanken.

Leider sind die Antworten des Stadtrates nicht zufriedenstellend. Zuerst bezieht sich der Stadtrat nur auf das Bedürfnis der Vereine. Ein Stadtsaal sollte nicht nur für die Vereine zur Verfügung stehen, sondern auch als einen zentralen Treffpunkt für die ganze Bevölkerung von Adliswil funktionieren. Städtische Veranstaltungen wie z.B. der Neujahrsapéro oder die Erste-August-Feier müssen in kleinerem Rahmen stattfinden so wie manche grösseren Veranstaltungen werden in benachbarten Gemeinden durchgeführt. Die zurzeit zur Verfügung gestellten Räume der Stadt Adliswil sind nicht zentral genug, um attraktiv für die ganze Bevölkerung zu sein.

Uns ist bewusst, dass eine Umfrage, die von einer Partei durchgeführt wird, nicht die gesamte Wählerschaft repräsentiert. Daher schlagen wir vor, dass der Stadtrat in irgendeiner Form eine parteiunabhängige Umfrage gestaltet, welche die Bevölkerung besser vertritt.

Auf die Frage, wieviel Geld seit dem Verkauf des „Sunnesaals“ aufgewendet worden ist, um den Vereinen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, antwortete der Stadtrat mit einer Kostenaufstellung. Diese beinhaltet jedoch nicht die Kosten für städtische Raumvermietungen, sondern nur auswärtige Kosten. Die Kostenaufstellung wäre viel höher, wenn interne Rechnungen bzw. Eigenkosten mit einbezogen werden. Somit ist nicht klar, ob die Stadt Adliswil günstiger fährt ohne einen eigenen Stadtsaal. Ausserdem bitten wir den Stadtrat, dass die Vereine ein weiteres Mal darauf aufmerksam gemacht werden, dass die gemieteten Räumlichkeiten, der Stadt Adliswil verrechnet werden können.

Ich möchte mich bei allen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und ich hoffe, dass die Bevölkerung und Vereine von Adliswil in Zukunft von einem zentralen Stadtsaal profitieren können.

Marianne Oswald (Grüne) stellte die Frage, warum in der Adliswiler Bevölkerung das Thema Stadtsaal immer noch eine so grosse Bedeutung habe. Sie beantwortete ihre Frage damit, dass der Stadtrat es versäumt habe, das Projekt Stadtsaal zu einem Ende zu bringen und der Bevölkerung seine Haltung nachvollziehbar zu begründen. Mario Senn (FDP) trug die bekannten Argumente der FDP gegen einen Stadtsaal vor: Die Mitgliederzahlen der Vereine schrumpften, so dass sie heute gar keinen grossen Saal mehr benötigten. Es gebe ein grosses Angebot an Räumlichkeiten wie Kulturschachtel, Räume in den Schulhäusern und nicht zuletzt das Haus Brugg dank der SP, die sich vor dreissig Jahren für seinen Erhalt eingesetzt hätte. Ausserdem lasse die finanzielle Situation es nicht zu, Geld für einen Stadtsaal auszugeben. Er schloss mit dem Zitat eines Indianer-Sprichworts: »Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.«

Als Mitunterzeichnender der Interpellation erwiderte Wolfgang Liedtke (SP):

Ich finde es schade, dass die bürgerliche Ratsseite immer wieder reflexartig ablehnend reagiert, sobald von den linken Parteien Initiativen oder Vorschläge kommen. Dabei handelt es sich doch hier um kein Thema, das von Vorneherein in ein linkes oder rechtes Parteiprogramm passt. Es handelt sich um ein Bedürfnis in der Bevölkerung, das wir erkannt und dem wir uns annehmen wollen – auch und vorzugsweise mit allen anderen Parteien gemeinsam.

Es sind nämlich gerade auch bürgerliche Wähler, die einen Stadtsaal befürworten. Wer mir das nicht glaubt, dem zeige ich gerne die Antworten auf unsere Umfrage. In vielen Zuschriften wird ausdrücklich erwähnt, dass man nicht SP-Wähler sei, aber diese Initiative der SP unterstützen wolle.

Ich habe selbst vor zwei Jahren noch geglaubt, dass das Thema Stadtsaal sich erledigt hat und Adliswil auch ohne einen solchen Saal auskommt, auch wenn es für eine so grosse Gemeinde mit einem Anspruch an ein eigenständiges Vereins- und Kulturleben merkwürdig ist. Aber ich habe im Zusammenhang mit der Abstimmung um das Stadthausareal und mit der Bodeninitiative lernen müssen, dass den Adliswilerinnen und Adliswilern ein Stadtsaal immer noch sehr wichtig ist...

Als die SP in Sachen Stadtsaal im letzten Winter aktiv wurde, hatte die Corona-Epidemie noch nicht begonnen. Wir haben unsere Aktionen trotz der Pandemie nicht gestoppt. Denn zunächst ging es darum festzustellen, wie gross der Wunsch nach einem Stadtsaal ist. Aus heutiger Sicht war es ein Fehler, 2006 auf die Initiative zu verzichten, denn zwischenzeitlich

hätte es durchaus die Möglichkeit gegeben, dass der Stadtrat sein Versprechen von 2003 umsetzt.

Mitten im Lockdown haben 75 Prozent der Teilnehmenden an der Umfrage trotz der mit der Pandemie verbundenen Ungewissheiten einen Stadtsaal befürwortet. Das verpflichtet uns Politiker – wenn auch unter Berücksichtigung der finanziellen Spielräume – was ja im Übrigen immer gilt. Wann und in welcher Form eine Umsetzung stattfindet, das zu bestimmen wäre ein nächster Schritt.

Es gibt vermutlich viele Wege zu einem Stadtsaal, die finanzierbar sind. Ich bin der Ansicht, dass die Bevölkerung nach Vorlage von Plänen und finanziellen Folgen entscheiden soll, ob sie den Stadtsaal will. Dies würde voraussetzen, dass wir gemeinsam eine Vorlage erarbeiten – die Mehrheit des Gemeinderates gemeinsam mit dem Stadtrat.

Deshalb appelliere ich, in dieser Frage nicht gegeneinander, sondern miteinander an einer Lösung zu arbeiten. Das Pferd ist noch nicht tot und wir werden es weiterreiten!

Homeoffice in der Corona-Krise

Mit ihrer Interpellation wollten Reto Buchmann (FDP) und Daniel Frei (FW) Auskunft über die Erfahrungen der Stadtverwaltung mit der Umstellung aufs Home Office während des Lockdowns erhalten. Im Einzelnen wollten sie wissen, welcher Anteil der Beschäftigten im Home Office arbeiteten, wie die Stadtverwaltung die Umstellung bewältigt hat und ob höhere Kosten oder grössere Zeitverluste aufgetreten sind. Gemäss Auskunft des Stadtrates hatten etwa 20 Prozent der Belegschaft in der ersten Phase der Pandemiemassnahmen zu Hause gearbeitet. Der Anteil hat sich nach den ersten Lockerungen auf 14 Prozent reduziert. Die Umstellung erfolgte koordiniert über die Ressortleiter-Konferenz. Es liessen sich allerdings weite Bereiche wie Hausbetreuung, Werkbetriebe und Forst, Gartenbau, Kinderbetreuung und Sicherheitskräfte nicht aufs Home Office umstellen. Der Zugang zu den Schaltern war für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit gewährleistet. Nicht kritische und nicht dringende Verwaltungsaufgaben wurden nach Möglichkeit aufgeschoben. Laut Auskunft des Stadtrates war die Verwaltung technisch gut vorbereitet, da man ja bereits in der Vergangenheit viele Dienstleistungen online angeboten habe. Mitarbeitende haben teilweise zu Hause auch private Geräte genutzt, so dass nur zusätzliche Lizenzen für den Remote-Zugang auf die städtische IT-Infrastruktur beschafft werden mussten.

In der Debatte lobte Gabriel Mäder die im Grossen und Ganzen gut gelungene Umstellung der Verwaltung während des Lockdowns. Er bot dem Stadtrat die Unterstützung des Parlaments für die weitere Digitalisierung der Verwaltung an.

Einen Dank an alle Mitarbeitenden der Verwaltung sprach Katya Willimann (SP) aus:

Corona hat im März 2020 unsere Stadt adhoc vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Home Office musste zum Schutz der Mitarbeiter der Stadtverwaltung eingerichtet werden, die Schalter mit Plexiglas verkleidet werden, und auch der Schulbetrieb musste mit Home Schooling aufrechterhalten werden, was für Eltern und Lehrer eine Herausforderung war.

Für die grossen Baustellen in unserer Stadt gab es sehr strenge Vorschriften, welche sicher nicht immer einfach waren zum Umsetzen. Nicht zu vergessen auch alle die Menschen, die unser Leben täglich am Laufen gehalten haben: Kehrriktabfuhrmitarbeitende, Hauswarte, Werkhofmitarbeitende, Bus-Chauffeure und alle Arbeitenden auf den Baustellen. Sie alle konnten sich nicht optimal schützen.

Aber nichtsdestotrotz, es hat alles funktioniert im Lockdown. Wir von der SP wollen heute Abend allen danke sagen. Leider haben wir Corona noch nicht besiegt, aber bleiben wir zuversichtlich, tragen weiterhin Sorge zu uns und bleiben gesund.